

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und
tarifunion



3 | 2024
71. Jahrgang



BuHaVo 2024
in Erfurt

OHNE STARKE
GEWERKSCHAFT GEHT ES NICHT

PERSONALRATSWAHLEN 2024

NORDRHEIN-WESTFALEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

WAHLTAG
6.6.2024



BEAMTE



ARBEITNEHMER



Ever Wohergehen,
unser Auftrag -
vom ersten bis
zum letzten Tag!

WAHLEN 2. + 3.7.2024

UNSERE KANDIDATINNEN & KANDIDATEN
FÜR SIE IM HAUPTPERSONALRAT

BRIEFWAHL NUTZEN
- JEDE STIMME ZÄHLT!

LISTE 1



Da geht noch was!

Zeigt euren Unmut – geht auf die Straße!



Unter diesem Motto hatten wir und der dbb für Mittwoch, den 13.03.2024 zum Warnstreik, Demonstration mit Aufzug und anschließender Kundgebung nach Wiesbaden aufgerufen. Diesem Aufruf sind mehrere Kolleginnen und Kollegen aus Hünfeld, Kassel I, Schwalmstadt, Limburg, VCC Süd, Frankfurt Main I, Weiterstadt, Butzbach und Gießen gefolgt und haben nach den Demonstrationen in Fulda und Darmstadt noch eine Schippe draufgelegt. Vielen Dank dafür!

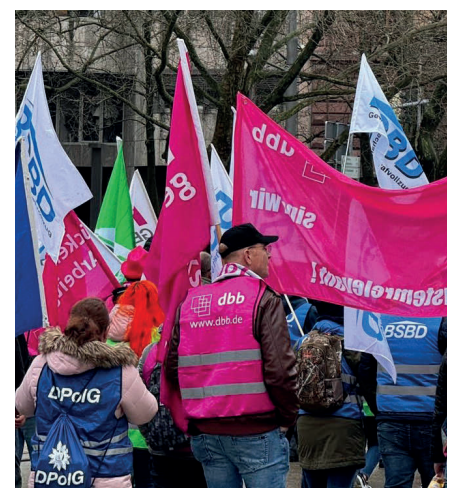
Wir konnten uns mit Westen, Fahnen und Lärm ordentlich darstellen. Das wurde auch in Wiesbaden gesehen und registriert. Denn nicht nur Beschäftigte, sondern auch Beamte/innen, sowie einige Pensionäre zeigten sich solidarisch und machten lautstark ihrem Unmut Luft.

Einen Tag vor Beginn der entscheidenden Runde der Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit dem Land Hessen, kamen etwa 2.000 Beschäftigte des öffentlichen

Dienstes nach Wiesbaden um für bessere Bezahlung zu streiken und zu demonstrieren. Die Forderungen sind dem Land lange bekannt. Ein Gegenangebot gab es bislang noch nicht.

Hauptforderung: 10,5 Prozent mindestens aber 500 Euro mehr.

Motiviert und gut ausgerüstet startete der Aufzug mit ordentlich Lärm durch Trommeln, Trillerpfeifen, Martinshorn usw. vom



Bahnhofsvorplatz am Innenministerium vorbei, über die Friedrich-Ebert-Allee, Wilhelmstrasse an der Staatskanzlei vorbei in Richtung Kochbrunnenplatz in Wiesbaden.

Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern

In der anschließenden Kundgebung berichtete Volker Geyer, dbb Tarifchef und Verhandlungsführer, über den aktuellen Stand der Verhandlungen:

„Wir mussten uns in den vergangenen Gesprächen wieder und wieder die gleichen abgenutzten Argumente anhören – nämlich, dass die Kassen leer seien und man sparen müsse.“ Sparen im öffentlichen Dienst bedeutet aber entweder, die Leistungen, die die Bürgerinnen und Bürger erwarten und auf die sie vertrauen, zu drosseln oder eben die Beschäftigten schlechter zu bezahlen. Geyer machte deutlich: „Ein starker öffentlicher Dienst, der mit den aktuellen Herausforderungen mithalten soll, verdient auch eine Bezahlung, die mit den aktuellen Herausforderungen mithält. Die Arbeitgeber des Landes Hessen dürfen den öffentlichen Dienst nicht weiter kaputtsparen. Stattdessen sollten sie seine Attraktivität sowohl für bestehende Arbeitskräfte als auch für Nachwuchskräfte und andere Interessierte steigern. Und das geht eben nur mit einer besseren Bezahlung.“ Das Land Hessen hat in den vergangenen Gesprächen bereits erste Bewegungen in Richtung der Beschäftigten gemacht. „Diese kleinen Schritte reichen uns jedoch nicht“, betonte Geyer, „wir erwarten, dass uns die Arbeitgeberseite in der dritten Verhandlungsrunde ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegt.“

Nachwuchs-Arbeitskräfte dringend gesucht

Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen, machte auf die festgefahrene Personalsituation im öffentlichen Dienst des Landes Hessen aufmerksam: „Bei den Tarifverhandlungen kämpfen wir auch für diejenigen, die gerade am Anfang ihres Einsatzes für den öffentlichen Dienst stehen. Wir fordern die Erhöhung der Ausbildungsentgelte (BBiG und Pflege) sowie der Praktikantenentgelte um 260 Euro monatlich. Der öffentliche Dienst ist nur ein attraktiver Arbeitgeber, wenn auch der Berufsstart attraktiv ist.“ Das Land braucht aufgrund der gestiegenen Aufgabenlast und des demografischen Wandels dringend neue Arbeitskräfte. „Die Bezahlung in Hessen darf nicht zum Standortnachteil werden“, betonte Schmitt. „Wenn wir für neue und bestehen-



de Arbeitskräfte ein attraktiver Arbeitgeber sein und bleiben wollen, müssen wir den Beschäftigten auch eine Bezahlung anbieten können, die mit den 15 anderen Bundesländern mithalten kann. Dies gilt auch für die Übertragung eines Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Das sind unsere Forderungen an das Land Hessen, und wir hoffen, dass sich die Arbeitgeberseite dessen bewusst ist, wenn sie am 14. und 15. März 2024 in Bad Homburg mit uns zusammenkommt.“

Zum Abschluss der Veranstaltung betonte Kollege Moritz Otto in seiner Rede nochmals die Worte von Heini Schmitt und bekräftigte beispielhaft, wie wichtig es gerade jetzt ist, die Ausbildung im öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten.

Bad Homburg Verhandlungen und Tarifiergebnis

Nach zwei langen Verhandlungstagen in Bad Homburg haben der dbb und das Land Hessen die Einkommensrunde mit einem guten Abschluss für die Arbeitnehmenden im hessischen Landesdienst abgeschlossen. Außerdem gab es eine konkrete Ankündigung für die hessischen Landesbeamten zur zeitgleichen und systemgerechten Übernahme des Tarifabschlusses. Vorausgegangen war seitens des dbb eine gelungene Großdemo am 13. März 2024 in Wiesbaden, in deren Rahmen die Beschäftigten noch einmal ihre Entschlossenheit kundtaten. „Der TV-H bleibt eine harte Währung“, fasste dbb Verhandlungsführer Volker Geyer den Abschluss gegenüber den Medien prägnant zusammen. Geyer weiter: „Neben den spürbaren linearen

Erhöhungen, die für die Beschäftigten in diesen schweren Zeiten essentiell sind, bin ich vor allem sehr zufrieden damit, dass wir das Land davon überzeugen konnten, die Entgeltordnung anzupacken und zeitnah mit den entsprechenden Gesprächen zu beginnen. Das ist eine Nachricht mit Perspektive.

Ergebnis der Tarifverhandlungen mit dem Land Hessen

Die wesentlichen Eckpunkte der Einigung: Ein steuer- und sozialabgabenfreier Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro (stufenweise Auszahlung ab Mai 2024).

- ▶ Ab dem 1. Februar 2025 Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro (Sockelbetrag) und ab dem 1. August 2025 um 5,5 Prozent (Anpassung des Erhöhungsbetrags auf 340 Euro, wo dieser Wert nicht erreicht wird).
- ▶ Ausbildungs- und Praktikantenentgelte werden zu den gleichen Zeitpunkten um insgesamt 150 Euro erhöht.
- ▶ Jahressonderzahlung: Bis Entgeltgruppe 8 erhöht auf 90 Prozent, ab Entgeltgruppe 9a erhöht auf 60 Prozent
- ▶ Vertragslaufzeit: 24 Monate.

Das Landesticket wird bis Ende 2026 fortgeführt.



Für uns waren in Bad Homburg vor Ort: Wilma Volkenand, Siggie Urbanek und Stefan Weber

Fotos (10): BSBD – Hessen

Tarifvertrag TV-H

Hessen verhandelte

Das gestern ist Geschichte – das Heute füllen wir mit Tatkraft – um das Morgen mit wichtigen und notwendigen Veränderungen füllen zu können.

Wir blicken zurück und sagen allen Teilnehmenden einen herzlichen Dank

Urlaubsverordnung für die Beamtinnen und Beamten im Lande Hessen

(Hessische Urlaubsverordnung - HUUrVO)

Bad News – mit dem Eindruck können wir das erste Halbjahr ruhig weitergestalten. Es wird unruhig in unseren Anstalten. Gerade die, die 24/7 für Ruhe und Ordnung in den Anstalten sorgen sollen scheinen einen „Schlag“ nachdem anderen zu kassieren.

Wir wurden von dem Inhalt der hessischen Urlaubsverordnung regelrecht überfahren. Einige von uns sind an die 30 Jahre im Dienst. Im Schichtdienst!!!

Bisher wurde der Zusatzurlaub für Nachtdienst nach dem § 14 (2) berechnet. Seit Jahresanfang finden wir uns im Justizvollzug

(AVD und Krankenpflagedienst) und dem Polizeidienst gemeinsam unter (9) wieder.

Von der Urlaubsverordnung wurden wir überrascht. Erreicht hat uns diese durch verärgerte Kollegen und Kolleginnen aus dem Justizvollzug.

Es ist uns auch kein Trost, dass wir im Justizvollzug über bzw. an die 30 Jahre in der falschen Gruppe geführt wurden. Nein, wir sind nicht dankbar dafür, dass die gesetzliche Möglichkeit, drei Jahre von allen Betroffenen, die gewährten Tage zurückzu fordern, nicht umgesetzt wird. Wie großzügig doch unser Dienstherr mit uns umgeht. Wir sind enttäuscht – unsere Kolleginnen und

Kollegen in den Anstalten sind enttäuscht!!! Sehr sogar. Wir haben das Gefühl, als ob uns ständig in die Tasche gegriffen wird.

Wir haben das Gefühl, wenn uns zum Nachteil etwas entdeckt wird, lässt die Umsetzung nicht lange auf sich warten. ■

Tarif ist nicht gleich Besoldung

In der letzten Woche des Aprils wurden alle Landesvorstandsmitglieder regelrecht mit einer Flut von Mail aufgeschreckt.

Am 22. April erreichte ein Erlass zur Einkommensrunde die Anstalten. Fasst unmittelbar danach brach eine Welle der Nachfragen – nein wir können sagen – ein regelrechter Shitstorm über uns herein. Bis hin zu einigen Erklärungen des Austritts. Man fühle sich nicht vertreten. Was ist mit uns Beamten? Warum kriegen wir das nicht?

Das gerade die unteren Besoldungsgruppen mit den prozentualen Erhöhungen nicht auf die Mindestbeträge von 200,- € kommen würden war oder wurde nun allen klar. Die Besoldung kennt keine Sockelbeträge. Wir sollten Rede und Antwort stehen. Am besten sofort und in Form von gültigen Erlassen. In der Tat haben wir leider Mitglieder verloren. Jeder EINZELNE von EUCH stärkt uns im Miteinander. Stärkt uns als Gewerkschaft. Gibt uns eine starke und bedeutungsvolle Rolle.

Nur Gemeinschaft macht stark. Der Einzelkämpfer wird nichts erreichen. Natürlich haben wir Verständnis über den mehrheitlichen Ärger. Wir kämpfen weiter!!!

Besonders gestört wurde sich an den Mitteilungen unserer Dachorganisation des dbb. In den dbb Hessen Nachrichten war zu lesen Zitat „wir gehen davon aus, dass ein solcher Gesetzentwurf ohne Probleme vom Parlament beschlossen werden wird.“ Dieser Schlüsselsatz löste ein wahres Beben aus. Zahlreich wurde die Formulierung mehr als erheblich kritisiert. Man fühlte sich verschaukelt. Als Kirsche auf der Torte thronte die Erkenntnis, dass Besoldung keine Sockelbeträge kennt. Die prozentuale Erhöhung in den unteren Besoldungsstufen würde bis zur A 9 nicht die 200,- € ausmachen.

Die Geduld vieler (aller) ist bereits seit einigen Jahren arg angespannt. Unser Dienstherr scheint es mit eindeutigen Gerichtsurteilen nicht besonders ernst zu nehmen. Die Besoldung ist in Hessen (nicht nur in Hessen) seit Jahren verfassungswidrig. Leichte Reparaturschritte wurden gegangen. Der Mindestabstand zur Grundsicherung war bis zur Besoldungsgruppe A 9 bzw. A 10 nicht eingehalten. Über einige Jahre hat das bereits Bestand. Unsere Landesregierung (auch die Vorgänger der jetzigen – wollen sie doch Hessen weiterführen) hat den Vertrauensverlust zu verantworten. Wir haben die Welle der Unzufriedenheit nun auszuhalten. Jeder Austritt schmerzt und ungemain. Zumal er unsere Durchsetzungskraft minimiert.

Mit unserem Dachverband dem dbb sind wir sehr gut aufgestellt. Der Beamtenbund ist im Tarif als auch in allen Belangen des Beamtentums sehr sach- und fachkundig. Auch wenn Besoldung keine Sockelbeträge kennt gibt es zahlreiche Möglichkeiten, um Ausgleiche bzw. Besoldungserhöhungen, die mit den im Tarifierreichten Ergebnissen mithalten können. Mitte Mai wird ein Gesetzentwurf unserer Landesregierung erwartet. Wir werden auf jeden Fall bei unseren Gesprächen mit der Politik und überhaupt mit allen Gesprächspartnern um gute Ergebnisse ringen. Ganz speziell für den Justizvollzug haben wir klare Vorstellungen. Denn eins ist sicher: Unsere Bedingungen in den Haftanstalten und auch in allen Bereichen des Justizvollzugs haben sich über die Jahre zum negativen gewandelt. Wir alle stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Ausfälle auf Grund erheblicher Belastungen sind hoch und steigen merklich. Das Glas ist nicht nur voll – es läuft über!!! ■



Foto: jonasginter / stock.adobe.com

Was ist los bei der Beihilfe?

Zahlreich erreichen uns Beschwerden über die überlangen Wartezeiten bis die Beihilfe die Zahlungen ausgleicht.

Bei den derzeitigen Verhältnissen kann es auf keinen Fall bleiben. Wir stehen mit vielen Kolleginnen und Kollegen im Kontakt. Berichtet wird von mehreren Wochen Bearbeitungszeiten. Dabei wird mehr und mehr von Monaten statt von Wochen berichtet. Wir kennen Fälle, die eine Bearbeitungszeit von 3 Monaten aushalten mussten. Während der Wartezeit werden Mahngebühren fällig.

Wir sind nicht überrascht, dass Kliniken innerhalb einer kürzeren Frist ihre Gelder für die Behandlungen einfordern. Das zahlreiche Klinken selbst am Tropf hängen ist hinlänglich bekannt.

Zeitungsberichten zufolge trennt sich das Regierungspräsidium von über 20 befristet eingestellten Mitarbeitern. ERNSTHAFT!!!!

Wir fragen ganz deutlich, was das soll? Beamte sollen sich durch eine vorbildliche Lebensführung im dienstlichen und privaten von der Bevölkerung deutlich unterscheiden. Das Beamtentum legt uns allen ein „Wohlverhalten“ auf. Macht uns jedoch zu Schuldnern, ohne, dass wir etwas dazu können.

Ganz besonders chronisch erkrankte Menschen, die regelmäßige Verordnungen und Arztbesuche und sogar kostspielige Klinikaufenthalten auf Grund ihrer Erkrankung auszuhalten haben, müssen mit dem Wissen, das regelmäßig hohe Rechnungen offen sind, ihren Arzt aufsuchen.

Es hilft uns allen – ganz besonders den Betroffenen – nicht, dass Rechnungen über 5.000 € bei der Bearbeitung vorgezogen werden.

Bei allem Respekt – das spricht auf keinen Fall für unseren Dienstherrn!!! Wir fordern unverzüglich eine Aufklärung und unbedingt eine Optimierung.

Nicht wenige lassen sich bereits aus dem Dienstverhältnis entlassen – gehen zurück in die freie Wirtschaft.

Zu allem Überfluss ist die Beihilfestelle kaum bis nicht zu erreichen. Noch nicht einmal eine Kommunikation kann erfolgen.

Wir fühlen uns im Stich gelassen!!! ■

TV-H – Tarifvertrag „hinten-rum-alles-weg“

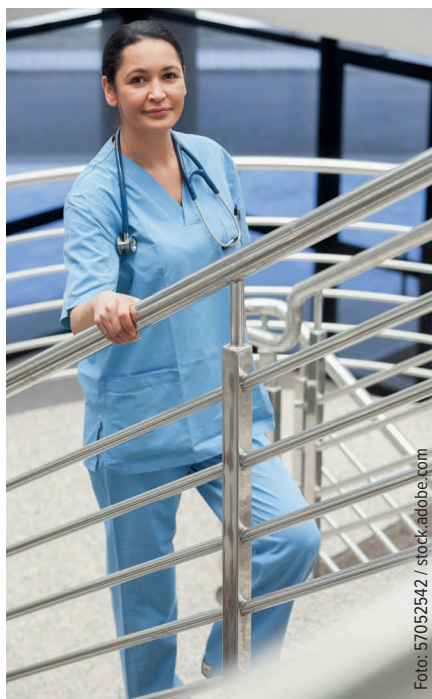
Der typische Ablauf eines Vorstellungsgesprächs von Pflegekräften im Justizvollzug: Geschäftsleitung: „In welcher Entgeltgruppe sind sie denn eingruppiert?“, Bewerber: „Ich bekomme die P8.“; Geschäftsleitung: „Oh das tut uns leid, im Vollzug können wir ihnen nur die KR7 geben. Allerdings gibt es noch einige Zulagen die das mit Wahrscheinlichkeit ausgleichen werden.“; Bewerber: „Na das hört sich doch gut an. Ich hoffe, dass ich dann ähnlich gut verdienen werde.“

Dem ist leider nicht so, der frisch Eingestellte wird sich bei Erhalt seiner ersten Bezügeabrechnung sehr enttäuscht zeigen. Versprochen werden Vollzugszulage, Psychiatriezulage, Wechselschichtzulage und natürlich Zuschläge – beispielsweise für Nachtarbeit.

Allerdings gibt es Klauseln im TV-H, die Kürzungen bei gleichzeitigem Anspruch bewirken. Die Vollzugszulage in Höhe von 131,20 € führt dazu, dass bei der großen Wechselschichtzulage in Höhe von 105,00 € sofort 25,56 € gekürzt werden. Eine gewährte Psychiatriezulage in Höhe von 90,00 € wird sofort vollständig weggekürzt, nur die Einbeziehung in die Zusatzversorgung der VBL erfolgt. Der Bewerber, der zuvor den Tarifvertrag grob studiert hat, rechnet also mit 326,20 € Zulagen, erhält real aber nur 210,64 €. Ebenso nachteilig wirkt sich aus, dass beispielweise Nachtarbeit nur mit dem uralten Satz von 1,28 € pro Stunde (früher 2,50 DM) honoriert wird, während im üblichen TVöD der kommunalen Krankenhäuser 20% des Stundenlohns vorgesehen sind. In der P7 sind das dann beispielsweise 4,21 € pro Stunde, als das 3 ¼ fache.

Auch die jüngste Entgelterhöhung im TV-H, die erst zum Februar 2025 erste Wirkung entfaltet, wird daran nichts ändern. Eine Überarbeitung der Eingruppierungsmerkmale sowie der Kürzungsvorgaben ist dringend erforderlich. Die Pflegekräfte im Justizvollzug werden schlechter eingruppiert als bei einer Tätigkeit in einem öffentlichen Krankenhaus. Das liegt daran, dass es dort viele anspruchsvolle Bereiche gibt, in denen Fachweiterbildungen gewünscht sind. Pflegekräfte ohne entsprechende Fachweiterbildung werden in diesen Bereichen in einer höheren Entgeltgruppe

eingruppiert und erhalten die P8 statt der P7. Im hessischen Justizvollzug werden jedoch sämtliche Pflegekräfte analog der P7 eingruppiert – in die Hessische KR7. Diese Schlechterstellung wird auch durch die im Tarifvertrag Hessen ausgewiesenen Zulagen nicht kompensiert.



Wir stehen in erheblicher Konkurrenz zu den kommunalen Krankenhäusern, die im Regelfall nach TVöD vergüten. Der Nettolohnnachteil einer Beschäftigung im Hessischen Vollzug muss ehrlich angesprochen

werden. Der daraus resultierende Gehaltsnachteil beträgt bei Teilzeitbeschäftigten bis zu 300 €, bei Vollzeitbeschäftigten bis zu 500 €. Die nach dem Wechsel in den Vollzug erlittene Nettolohnreduktion führt zu Existenzsorgen, aber auch zu Verlustängsten seitens der direkten Vorgesetzten – wenn das gerade neu akquirierte Personal mitunter darüber nachdenkt, rechtzeitig doch wieder einen anderen Weg einschlagen zu wollen. Die Existenzsorgen dürfen wir als Vorgesetzte auch nicht einfach wegwischen, neu eingestellte Bedienstete sind auch immer angreifbar für gewisse Gefangene – die vorgetragenen Argumente sind aus dem Alltag vieler Menschen bekannt: „Wir haben ein Haus abzubezahlen“, „Wir haben Kinder und bezahlen Schulgeld“, „Wir möchten trotz Landesticket auch weiter 2 Kraftfahrzeuge fahren“, „Die Wochenend-Einkäufe sind teurer geworden“. Der eintretende Nettolohnverlust macht „super ängstlich“. Die kommende Inflationsausgleichsprämie ist nur ein kleines Salär und wirkt sich beispielsweise nicht auf die Beitragszahlung zur gesetzlichen Rentenversicherung aus. Unsere neu akquirierten Pflegekräfte denken aber auch an ihre Zukunft und an ihre spätere Rente! Mit der aktuellen Eingruppierung und deren Vergütung schaffen sie sich einen weiteren Stolperstein, der die Abkehr vom Justizvollzug fördert. Nachwuchswerbung ist mit den vorhandenen Fakten praktisch aussichtslos! ■

Stand: 01.06.2024	KR7 im TV-H	P7 im TVöD	P8 im TVöD
Grundgehalt in letzter Stufe	3796,22 €	4066,15 €	4239,52 €
Pflegezulage	124,85 €	133,80 €	133,80 €
Vollzugszulage	131,20 €	---	---
Psychiatriezulage	90,00 €	46,02 €	entfällt
Wechselschichtzulage	105,00 €	155,00 €	155,00 €
Kürzungen	- 115,25 €	Keine	keine
Nachtarbeit je Stunde	1,28 €	4,21 €	4,40 €
Beispiel: 40 Stunden Nachtarbeit	51,20 €	168,40 €	176,00 €
Rechnerisches Gesamtbrutto	4183,22 €	4569,37 €	4704,32 €

Forderungskatalog der Fachgruppenvertreter der Pädagogen und Psychologen im Justizvollzugsdienst

Die mehr als angespannte Personalsituation sowie die Arbeitsbedingungen im hessischen Vollzug bemängelt der BSBD bereits seit Jahren. Gleichzeitig hat die Regierung bislang kaum etwas unternommen, um diesen Bedingungen angemessen zu begegnen.

Einsparungen sind in allen Bereichen immer noch der Leitsatz, der den hessischen Vollzug immer handlungsunfähiger macht. Während Unternehmen in der freien Wirtschaft mit immer innovativeren Ideen und einer Vielzahl an Möglichkeiten versuchen attraktive und engagierte Mitarbeiter zu gewinnen, hält die hessische Justiz seit Jahrzehnten an überholten Strukturen und Vorgehensweisen fest. Die veralteten Arbeitsstrukturen sind dabei einerseits ein wesentlicher Grund für die hohe Unzufriedenheit unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und andererseits ein Grund, warum der Öffentliche Dienst in Hessen allgemein, aber die Hessische Justiz im Speziellen, als unattraktiver Arbeitgeber gilt. Auf Grund dieser erheblichen Unzufriedenheit über diese überalterten Strukturen und Arbeitsweisen sowie die mangelnden Innovationen oder wenigstens Initiativen den Vollzug moderner zu gestalten, haben die Fachgruppensprecher der Psychologen und Pädagogen, Frau Cora Kuhn und Herr Roman Nickel, den nachfolgenden Forderungskatalog für die Fachdienste im Hessischen Justizvollzug erstellt:

Allgemeine Forderungen

1. Bürokratie abbauen

Die bürokratischen Prozesse in den Vollzugsanstalten sind der Art überladen und vollgestopft, dass ein signifikanter Teil der Arbeitszeit der Mitarbeiter durch umständliche und zeitraubende Abläufe verloren geht. Deshalb arbeitet der Vollzug so wahn-sinnig ineffizient, verboten unwirtschaftlich und ist erschreckend langsam. Diese schwerfälligen Arbeitsprozesse führen auf Mitarbeiterseite zu Recht zu Frustration und Resignation, wodurch die Arbeitsabläufe noch langsamer werden. Es ist dringend nötig, eine gründliche Arbeitsprozessanalyse durchführen zu lassen, um Arbeitsprozesse zu verschlanken und zu optimieren. Die Produktivität ließe sich hier also trotz einer gleichzeitig geforderten allgemeinen

Reduzierung der Wochenarbeitszeit (Allgemeine Forderungen an den dbb, Punkt 1) erheblich verbessern, was natürlich auch zu einer nicht zu unterschätzenden Kosteneinsparung führen dürfte. Nur so lässt sich effizient und wirtschaftlich arbeiten.



Folglich wird gefordert, eine Arbeitsprozessanalyse durchzuführen mit der Absicht, bürokratische Abläufe zu verschlanken, zu beschleunigen und zu vereinfachen, um die Produktivität zu steigern und die Frustration der Mitarbeiter zu mildern.

2. Mitarbeitergewinnung und Mitarbeiterpflege

Es ist kein Geheimnis, dass das Land Hessen kein guter oder attraktiver Arbeitgeber ist. Der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon lange bemängelte Geiz gilt spätestens seit Feststellung der verfassungswidrigen Beamtenbesoldung durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof als empirisch belegt. Dieser Umstand hat zu einem dramatischen Imageschaden geführt, der nach wie vor Wirkung zeigt, wie unsere Bewerberzahlen ja überdeutlich illustrieren. Das Land Hessen hat sich davon aber nicht beunruhigen lassen und setzt sein enttäuschendes Personalmanagement ungerührt fort, während viele andere Arbeitgeber, auch im öffentlichen Sektor, verstanden haben, dass sie als Unternehmen oder Behörde den aktuellen Fachkräftemangel nicht überstehen können, ohne die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass sie karrierebewusste und leistungsfähige Mitarbeiter anziehen. Auf diesem Weg ließe

sich eine Bestenlese bei der Bewerberauswahl auch in Zeiten eines ungünstigen Arbeitsmarktes aufrechterhalten. Schließlich galt schon immer: Attraktive Arbeitgeber ziehen interessierte Mitarbeiter an, unattraktive Arbeitgeber teilen sich die Reste. Dass die Justiz ein uninteressanter Arbeitgeber ist, zeigt sich aber natürlich nicht nur an den sehr geringen Bewerberzahlen, sondern auch an dem Umstand, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Vollzug verlassen, die schon einige Jahre im Dienst sind. Teilweise besteht hier sogar die Bereitschaft, die eigene Verbeamtung aufzugeben, nur um dem Dienstherrn zu entkommen. Ein schlechteres Zeugnis kann man einem Arbeitgeber gar nicht ausstellen.



Folglich wird gefordert, die verkrusteten und veralteten Arbeitsbedingungen zu überarbeiten und das blumige Versprechen vom familienfreundlichen und attraktiven Arbeitsplatz endlich umzusetzen. Dies bedeutet konkret: Flexiblere Arbeitszeiten, unkomplizierte und undogmatische Homeofficeregelungen, echte Leistungsanreize, keine ständigen Versetzungen mehr im gehobenen und höheren Dienst, eine stabile und verlässliche Personalplanung, Beförderungen müssen sich zukünftig an der Arbeitsleistung orientieren, BGM und andere mitarbeiterorientierte Angebote dürfen keine Papiertiger mehr sein, müssen aufgewertet und mit echten Kompetenzen ausgestattet werden. Die Fachgruppensprecher stehen hierzu mit noch vielen weiteren Ideen gerne beratend zur Seite. ■

Jede Berufsgruppe hat IHRE spezifischen Forderungen – unser Ziel als Fachgewerkschaft ist jeder Berufsgruppe eine – IHRE – Stimme zu geben.

Unsere Fachgruppen bringen sich ein!!!

Wir starten die Serie – „aus den Fachgruppen“
Herzlichst laden wir DICH/SIE zur Diskussion ein.

Gerne tauschen wir uns mit Euch/Ihnen aus.
Kontakt unter redaktion@bsbd-hessen.de

#von der Basis – für die Basis

Seit Dezember 2023 sind wir im Amt. Regelmäßig werden wir euch von unseren Aktivitäten berichten.

Rund um die Tarifverhandlungen hatten wir alle Hände voll zu tun. Zahlreiche Veranstaltungen bis hin zu den Verhandlungen füllten unsere Terminkalender. Wir haben berichtet.

Die Tarifverhandlungen liegen hinter uns. Nun dreht sich unserer Tagesgeschäft um die Besoldung. Wie werden sich die Ergebnisse aus dem Tarifvertrag auf die Besoldung auswirken? Wir alle sind mit euch gespannt, was die Gesetzgebung plant. Eins ist sicher wir werden uns mit allen Mitteln die wir als Gewerkschaft zur Verfügung haben mitbringen. Ganz sicher!!! Wir werden umfassend berichten.

Mitte März haben wir uns in der Geschäftsstelle des dbb Hessen in Frankfurt getroffen. Zahlreiche Aktivitäten mussten dringend geplant werden. Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen und unsere Erwartungen, die wir für die Beamten- und Versorgungsempfänger berechtigter Weise haben. Ein Forderungskatalog für unsere Gespräche mit den politischen Verantwortlichen und die Wahlen für die Hauptpersonalräte; Personalräte und die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretungen auf unserer Agenda. Die Wahlen stehen kurz bevor. Wenn die Ausgabe vor euch liegt – kennt ihr bereits das Ergebnis.

Beim Schreiben dieser Zeilen ist noch alles offen. Die Mitglieder des Landesvorstandes haben sich geschlossen zur Wahl des Hauptpersonalrates gestellt. Wir bringen gute Erfahrungen aus unseren Tätigkeiten in den Anstalten mit. Im Landesvorstand haben sich gleich sechs Menschen, die die Arbeit der Personalräte in den jeweiligen Anstalten gut und umfassend ausgeübt haben, gefunden. Einige haben sich in ihren Stammanstalten abermals zur Wahl gestellt. Heute sind wir noch gespannt – und morgen werden wir in der 4. Ausgabe „der Vollzugsdienst“ berichten.



*#von der Basis für die Basis
Frühlingsempfang SPD Wiesbaden*

Mitte April sind wir mit einer Abordnung unseres Landesvorstandes der Einladung der SPD zum Frühlingfest nach Wiesbaden gefolgt. Kontakte zur der im Landtag vertretenen Parteien wollten und müssen unbedingt gepflegt werden. Auf unserer



#von der Basis für die Basis JVA_Schwalmstadt

gewerkschaftspolitischen Agenda steht auf jeden Fall – WIR TRAGEN DEN JUSTIZVOLLZUG UNGESCHMINKT VOR UNSERE MAUERN – nicht jedem scheint das so zu passen. # von der Basis – für die Basis ist unser voller Ernst!!! Lippenbekenntnisse reichen uns nicht. Endlich müssen echte Taten folgen.

Unsere Aprilsitzung führte uns in die JVA Schwalmstadt. Unsere Sitzungstermine haben wir für das komplette Jahr mit viel zeitlichem Vorlauf geplant. Zeit und Ort stehen langfristig fest. Das eine ist die Planung und das andere sind die Lebenswirklichkeiten. Kurzfristig mussten wir den Sitzungsort verlegen. Unsere Sitzungen haben stets engen Bezug zu den Behörden/Anstalten. Wir bedanken uns sehr herzlich bei dem Leiter der JVA Schwalmstadt, Herrn Dr. Fleck, für die kurzfristige „Aufnahme“. In unserer Mittagspause wurden wir von den Kochkünsten der Anstaltsküche mehr als überrascht. Wir durften uns von den Fertigkeiten der Kochausbildung überzeugen. Wir sind nachhaltig beeindruckt.

Natürlich gilt dem Team des Ortsverbandes Schwalmstadt ebenso unser Dank. Die kurzfristige Organisation habt ihr meisterhaft erledigt. Für euere Ausführungen über EUREN Vollzug in Schwalmstadt danken wir sehr. Wir wollen wissen wo der Schuh drückt. Nicht überrascht sind wir davon, dass die Beamten und Beamtinnen endlich eine Besoldung, die gesetzeskonform ist haben wollen. Eine Beihilfe, die entstandene Aufwendung zügig begleicht ohne die Beamtenschaft zu Schuldnern zu machen. WERTSCHÄTZUNG sieht anders aus!!! Da können wir uns nur anschließen.



BSBD Landesvorstandssitzung Geschäftsstelle dbb Hessen

Fotos (3): BSBD - Hessen

ZDF – Die Reportage

Darüber müssen wir berichten!!!

Gewerkschaftliche Arbeit ist durchaus sehr fordernd. Wir erzählen Euch unsere Story!!! Vor gar nicht allzu langer Zeit erhielt ich ein Anruf des ZDF. Für die Reihe „ZDF – die Reportage“ sollte eine Sendung über Übergriffe/Angriffe, die im Stationsalltag vorkommen gedreht werden.

Zahlreiche Berichte über Gewaltübergriffe bei Polizei; Rettungsdiensten und Feuerwehren sind uns allen nur zu gut bekannt. Spürbar hat sich was in unserem Land verändert. Der Hass auf die Politik wird häufig an denen, die dem Land dienen ausgelassen.

Der ehemalige hessische Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth, warb für die Anerkennungsschleife. Er warb für das Tragen. Die Schleife sollte Symbol für Anerkennung, Verbundenheit und die Wertschätzung sein. Die Farben Blau, Rot und Weiß stehen dabei für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst. Der Aufruf jeder sollte mit dem Tragen ein Zeichen setzen.

Alle im Justizvollzug Tätigen nahmen den Akt der Anerkennung durchaus sehr positiv auf. Waren die zahlreichen Angriffe sehr deutlich am Steigen. Die Medien berichten über die Behinderungen, Anfeindungen und körperliche Gewalt, die Uniformträger und alle anderen Beschäftigten im Dienst des Landes auszuhalten hatten und haben.



Der dbb Hessen veranstaltete 2018 ein Symposium in Frankfurt. Über 150 Mitarbeitende, aus allen Bereichen des Landes Hessens, kamen zusammen. Diskutiert wurde mit Behördenleitungen und der damaligen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann. Übergriffe aus dem Justizvollzug wurden nicht erwähnt. Alles was hinter den Mauern stattfand – blieb und bleibt bis heute dort.

Schon damals fanden wir das der Justizvollzug in die Öffentlichkeit gehört. Im Vollzug hat sich sehr viel verändert. Wir sind der Spiegel der Gesellschaft. Die Gewaltbereit-

schaft zahlreicher Gefangener ist enorm hoch. Die Zahlen psychisch auffälliger Gefangener steigen merklich. Dabei ist der Justizvollzug ein regelrechtes Auffangbecken für Menschen, die im zivilen Leben gescheitert sind. In unseren Anstalten tummeln sich schwer leit- und fuhrbare Menschen. Nicht selten beherbergen wir Menschen, die u. E. in einer Psychiatrie besser aufgehoben wären. Aufmerksamkeit und Unterstützung bekommen die Kollegen und Kolleginnen auf den Stationen kaum. Übergriffe/Angriffe gibt es. Einige davon sogar mehr als heftig. Genau über diese mehr als heftigen Angriffe wollte das „ZDF die Reportage“ berichten. Wandte sich an uns als Fachgewerkschaft. Übrigens ist die Aktion nicht auf Hessen beschränkt. Wir starteten eine Abfrage bei unseren Ortsverbänden und Fachgruppenvertretenden. Gab es in einer Anstalt jemand, der vollkommen anonym bereit wäre über das erlittene zu berichten?

Unsere Abfrage wurde einer Anstaltsleitung bekannt. Die Meldekette bis zum Ministerium wurde aktiviert. Die Order des Schweigens wurde erlassen. Das ZDF hatte lediglich die Absicht uns „den Justizvollzug“ sichtbar zu machen. Die rücksichtslose Gewalt, die in unsere Gefängnisse Einzug gehalten hat, darf nicht im Verborgenen bleiben. Wir wollen gesehen werden!!! Wir fordern Sicherheitsstation!!! Wir fordern unsere Sicherheit!!! Wir fordern gute Ausrüstung!!! Wir fordern eine gute personelle Ausstattung!!! Wir fordern bei Personalausfällen – einen darauf angepassten



v. l. ehemalige Justizministerin Eva Kühne-Hörmann; mit Prof. Dr. Roman Poseck nachfolgende Justizminister 2018 war er Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main zugleich Präsident des Staatsgerichtshofes, des Verfassungsgerichts des Landes Hessen – aktuell Innenminister und Heini Schmitt dbb-Landesvorsitzender

Justizvollzugsalltag!!! Ist eine Station nicht besetzt – gehört sie unter Verschluss. Zahlreiche Übergriffe sprechen Bände. Heftige Übergriffe. Dabei stehen die Betroffenen oft allein da. Haben erhebliche Verletzungen erfahren und zum Dank müssen die Betroffenen auch noch darum kämpfen, dass sie nicht auf ihren Behandlungskosten sitzen bleiben. Unsere dienstjungen Kollegen und Kolleginnen, die noch keine Lebenszeit haben, fürchten bei massiven Verletzungen sogar um die Verbeamtung. Wir fordern eine, für die Angestellten und Beamten auf Widerruf und Probe, kostenfreie Absicherung!!!

Nicht nur in den Anstalten wurde auf die Betroffenen eingewirkt. Das Ministerium bat selbst mich zum Gespräch. Wollte an mich appellieren. Darauf aufmerksam machen, dass im Falle von Aussagen die Betroffenen ersthafte Schwierigkeiten bekommen würden. Eine Aussagenehmigung müsse beantragt werden.

Wir würden, wenn die Übergriffe der Bevölkerung bekannt würden, möglicherweise der Personalgewinnung erheblich im Wege stehen. Ernsthaft!!! Das einzig was der Bewerbergewinnung im Wege steht ist der Umgang mit dem Personal. Von der Besoldung bis hin zu verlässlichen Schichtplanungen. Wertschätzendem Umgang mit dem anvertrauten Personal und Anerkennung der Leistung. Einige, die den Weg in den Justizvollzug gefunden haben, kehren diesem wieder den Rücken. Allein in dieser Ausgabe berichten wir über einige Baustellen, die zur großen Unzufriedenheit im allgemeinen führt. Wir rufen allen in der Verantwortung stehender zu – ändern sie ihren Kurs. Setzen Sie gesprochenes Recht um. Besolden Sie ihr Personal – so wie es das Abstandsgebot Ihnen aufgibt. Recht wurde gesprochen!!!

Eine Frage der verantwortlichen im Ministerium möchte ich hier beantworten. Warum hat sich das „ZDF die Reportage“ nicht an sie gewandt? In jeder Justizvollzugsanstalt wird das Haus vor einem angekündigten Besuch auf Hochglanz poliert. Gezeigt werden die Sonnenseiten. Ein regelrechte Vorzeigeprogramm wird erstellt. Das „Protokoll“ steht. Der Hof kann gehalten werden. Das Drehbuch schreibt einen reibungslosen Justizvollzug vor. Schöner Schein. Alles was nicht passt – passt unter den Teppich.

Weil wir den Justizvollzug und auch „ihre Werkzeuge“ kennen haben wir die hessischen Beiträge auf Eis gelegt. Aufgeschoben

ben ist nicht aufgehoben. Wir bedanken uns bei allen für die grundsätzliche Bereitschaft. Einen Angriff zu erleben. Mit allen begleiteten Folgen alleine dazustehen reicht vollkommen. Das soll niemand das Ende der Karriere bevor sie angefangen hat aushalten müssen. Aber wundern sie sich in den verantwortlichen Führungsetagen nicht warum sich ihr Personal nicht verstanden und gesehen fühlt. Vielen Dank dafür!!! Wir bleiben kampfbereit # von der Basis für die Basis!!!

Wir verstehen grundsätzlich die Bedenken der Anstaltsleitungen und auch des Ministeriums. Allerdings sind wir denn noch erstaunt aber nicht überrascht, dass die Leitungsebenen in einigen Anstalten enormen Druck auf die Bediensteten auszuüben scheinen. Ein Kleinklima der Angst scheint ziemlich flächendeckend zu herrschen. Nicht verschweigen wollen wir, dass es auch andere Leitungen zu geben scheint. Die, die Mut machen – Niemanden überzeugen wollen lieber zu schweigen. So darf man sich nicht wundern, dass sich im Besonderen die, die im direkten Kontakt mit den Gefangenen stehen, nicht gesehen fühlen. Die Reportage gibt den betroffenen Kollegen und Kolleginnen große Aufmerksamkeit. Erlebtes zu berichten. Zu berichten was ein erlebter Angriff bedeutet. Gemeinsam auf Veränderungen hinwirken. Die Chance ihr Personal zu stärken und zu begleiten. All das wäre ein Zeichen der Anerkennung. WERTSCHÄTZUNG sieht anders aus!!!

Werdet Mitglied in unserer Fachgewerkschaft – ein einzelnes Hölzchen ist leichter zu brechen!!!

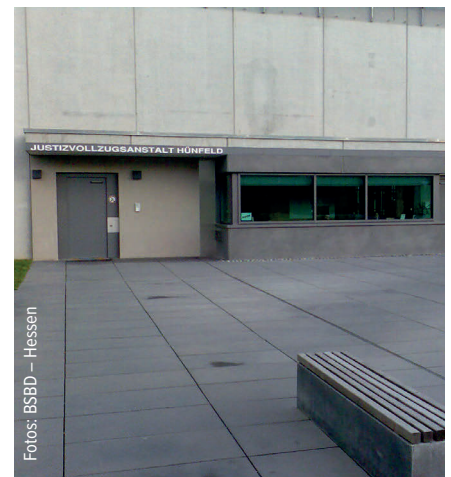
Wilma Volkenand – Landesvorsitzende

BSBD-Ortsverband Hünfeld

Einen ganz besonders eindrucksvollen Beitrag zu den Tarifverhandlungen in Hessen hat der Ortsverband Hünfeld geleistet. Mit seinem Team hat der Ortsverbandsvorsitzende Luca Borello mit einer aktiven Mittagspause auf die hessischen Tarifverhandlungen aufmerksam gemacht.

Zeitgleich fand in Dietzenbach die 2. Verhandlungsrunde statt. In Hünfeld kamen in der Zeit von 13:00 – 15:30 Uhr rund 60 Kollegen und Kolleginnen zusammen.

Am Stand vor der JVA konnte sich die Fröhschicht; die Spätschicht und einige in ihrer Mittagspause mit einer leckeren Grillwurst und einem Softgetränk stärken.



Aus der Gemeinschaft des dbb kamen Hanna Sauer von der VDSTRA und Richard Thonius von der Komba zum Stand vor der JVA. Ganz besonders willkommen war die kleine Stärkung der Fahrzeugbesatzung eines Vor- und Rückführungsdienst der Polizei. Gestärkt mit einem kleinen Imbiss und einer Tasse Kaffee konnte die letzte Etappe Richtung Feierabend gut bewältigt werden. Rundherum war es eine sehr gelungene Aktion!!! Sogar mit hessenweitem Alleinstellungsmerkmal!!!

Wir bedanken uns bei der Ortsverband Hünfeld und bei dem Anstaltsleiter der JVA Hünfeld, Herrn Streiberger, für die Genehmigung und den Besuch am Stand vor der Anstalt.

Der BSBD Landesverband Hessen bedankt sich bei allen, die an der Aktion mitgewirkt haben. Ihr seid echt einmalig!!!

Die JVA Butzbach gewinnt Hessische Hallenfußballmeisterschaft für Justizvollzugsbedienstete



So sehen Sieger aus!!!!

In der TopSoccer-Halle in Alten-Buseck fand am 17.02.2024 die Hessische Hallenfußballmeisterschaft statt.

Unter den sieben Teilnehmenden Anstalten traten die JVA Gießen, JVA Fulda, JVA Limburg, JVA Weiterstadt, JVA Wiesbaden, JVA Frankfurt am Main IV und JVA Butzbach gegeneinander an. Besonders erfreulich war, dass sowohl eine Mannschaft aus der JVA Limburg – die in der Vergangenheit häufig ein Team mit der JVA Gießen zusammen bildeten – als auch der JVA Fulda antreten konnten.

Auf den zwei Kunstrasenplätzen spielten alle JVAs gegeneinander unter der Turnierleitung des Kollegen Kevin Whitcher im Modus „Jeder gegen Jeden“.

Trotz zweier Niederlagen in der Gruppenphase erreichte die JVA Butzbach das Halbfinale. Beim spannenden Elfmeterschießen gewannen sie gegen die JVA Frankfurt am Main IV. Im Finale besiegten sie dann die JVA Weiterstadt und gewannen die Hallenfußballmeisterschaft.

Zu Gast waren u.a. Herr Uwe Röhrig mit seiner Frau Carmen Röhrig, Frau Anja Müller, Frau Jutta Staudt-Treber, Frau Mareike Knappik und der ehemalige Vorsitzende des BSG Butzbach Herr Hartmut Mattis. Ein großer Dank ging anschließend auch an die ehrenamtlichen Helfer und Schiedsrichter, darunter der Kollege Marco Märke.

Susanne Leib



Fotos (2): BSBD – Hessen

Abschlusstabelle								Sp.	g	u	v	Tore	Diff.	Pkt.	
1.	Weiterstadt		6:4	2:0	8:5	2:5	5:0	9:1	6	5	0	1	32 : 15	17	15
2.	Frankfurt/M. IV	4:6		3:1	2:2	4:3	7:2	6:1	6	4	1	1	26 : 15	11	13
3.	Butzbach	0:2	1:3		7:1	7:1	2:1	7:3	6	4	0	2	24 : 11	13	12
4.	Limburg	5:8	2:2	1:7		4:1	3:1	5:2	6	3	1	2	20 : 21	-1	10
5.	Gießen	5:2	3:4	1:7	1:4		6:1	5:0	6	3	0	3	21 : 18	3	9
6.	Wiesbaden	0:5	2:7	1:2	1:3	1:6		4:3	6	1	0	5	9 : 26	-17	3
7.	Fulda	1:9	1:6	3:7	2:5	0:5	3:4		6	0	0	6	10 : 36	-26	0

Anstaltsleiter Uwe Röhrig verabschiedet sich nach 45 Dienstjahren



Abschied Anstaltsleiter Röhrig

Dieser trat am 1. August 1979 seinen Dienst in der JVA Butzbach an und wird am 30. September 2024 diesen offiziell beenden. Herr Uwe Röhrig hatte in dieser Zeit in insgesamt 7 hessischen Anstalten und im Justizministerium viermal seinen Dienst verrichtet. Seine Laufbahn begann damals im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst. Ab dem Jahr 2000 wurde er im höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst tätig.

Innerhalb der JVA Butzbach implementierte er das neue Verwaltungs-Competence-Centrum Mittelhessen (VCC) und richtete etwas später im Justizministerium die Stabsstelle NeDiS (Extremismusbekämpfung) mit ein. Einige Jahre unterrichtete er nebenamtlichen in dem Fach Beamten- und Tarifrrecht die Anwärterinnen und Anwärter des allgemeinen Justizvollzugsdienstes.

Zudem engagierte er sich lange aktiv im BSBD und stellte sogar für 4 Jahre von 2005 bis 2009 den Landesvorsitzenden des BSBD Hessen.



Anstaltsleiter Röhrig

In der JVA Butzbach wurde er anlässlich seines letzten Arbeitstages im aktiven Dienst vor der Ruhestandsversetzung am Donnerstag, den 21.03.24 feierlich verabschiedet. Die Bediensteten stellten sich im Vorhof und Lazarethhof in Reihen auf für seinen Weg in die Turnhalle zu seiner letzten großen Dienstbesprechung.

Mit den Worten: „Im Job ist es wie beim Banküberfall: Ohne die richtigen Komplizen geht es nicht.“ bedankte sich Herr Röhrig ganz besonders bei den vielen motivierten Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeitskraft tagtäglich äußerst engagiert eingebracht und ihn bei der Aufgabenfülle maßgeblich unterstützt hatten.

Sich für den Justizvollzug und die im Justizvollzug tätigen Bediensteten, deren Qualifikation und Ansehen in der Öffentlichkeit einzusetzen, war ihm ein großes Anliegen über all die Jahre, so Röhrig.

Zuletzt wünschte er den Bediensteten alles Gute, Zufriedenheit mit sich selbst und auch bei der Tätigkeit, viel Gesundheit, und – gleichwohl auch in dem Wissen um die immer schwieriger werdende Personalgewinnung – viel Überzeugung und Freude an der Arbeit im hessischen Justizvollzug und explizit in der JVA Butzbach.

Susanne Leib

Guten Morgen...

 A photograph of a white ceramic mug with the BSBD logo and the text 'Gewerkschaft Strafvollzug' printed on it. Three copies of the magazine 'Der Vollzugsdienst' are placed on top of the mug. The background is a blurred outdoor scene with green foliage and flowers.

Justizvollzug in Deutschland
Der **BSBD** gehört dazu.

NACHRUF



Heinrich Roßkopf

*11.09.1957 – † 22.04.2024

Wir trauern mit dem dbb Hessen um seinen Tarifausschussvorsitzenden Heinrich Roßkopf. Am 22.04.2024 verstarb im Alter von nur 66 Jahren in Stockstadt am Rhein unser Heinrich.

Seit 2015 leitete er den Tarifausschuss des dbb Hessen und engagierte sich über all' die Jahre in mehreren Einkommensrunden mit großem Engagement sehr erfolgreich für die Belange der Tarifbeschäftigten in Hessen. Zuletzt gestaltete er den erfolgreichen Abschluss eines neuen Tarifvertrags für die Beschäftigten in der hessischen Landesverwaltung (TV-H) am 15. März dieses Jahres ganz maßgeblich mit. Er war ein ausgewiesener Fachmann des Tarifrechts, sein Rat war weithin gefragt und unzählige Kolleginnen und Kollegen erhielten wertvolle Antworten auf komplexe Fragestellungen von ihm.

Seit 2015 gehörte er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Tarifausschusses auch der Landesleitung des dbb Hessen an. In seiner Heimatgewerkschaft, der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbediensteten VDS-tra., war er von 2007 bis 2015 stellv. Landesvorsitzender und von 2015 bis 2022 deren Landesvorsitzender. 2022 wurde er dann zum Landesehrenvorsitzenden der VDS-tra. Hessen gewählt.

Dem Bundesvorstand der VDStr. gehörte er von 2007 bis 2022 an, ab 2015 war er Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand. Seit 2022 hatte er das Amt des stellv. Kassenprüfers inne. Von 2005 bis 2022 war Heinrich Roßkopf Mitglied bzw. Vorsitzender des örtlichen Personalrats beim damaligen Amt für Straßen- und Verkehrswesen (später Hessen Mobil) in Darmstadt, außerdem stellv. Vorsitzender des Bezirks- bzw. später Gesamtpersonalrat bei Hessen Mobil.

Auch in der Kommunalpolitik engagierte er sich über viele Jahre zum Wohl der Allgemeinheit. So war er u. a. viele Jahre Vorsitzender der CDU in Stockstadt am Rhein. Für seine Tätigkeiten in der Kommunalpolitik, in der Gewerkschaft und im Personalrat wurde er 2017 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet.

Heinrich Roßkopf war „Der Tarifmann“ des dbb Hessen, er verkörperte die kompetente und kämpferische Vertretung der Interessen der Tarifbeschäftigten in idealer Weise. Er war ein gradliniger, absolut zuverlässiger und verlässlicher Teamplayer, stets mit einer Portion Humor ausgestattet. Besonders zeichnete ihn aus, dass die Belange der Kolleginnen und Kollegen für ihn immer wichtiger waren als seine eigenen.

Nicht nur für den dbb Hessen war Heinrich von unschätzbarem Wert. Der BSBD ist im Tarifausschuss des dbb vertreten. Heinrich war uns stets ein guter und verlässlicher Kontakt. Im Besonderen Masse stand Heinrich uns bei allen Fragen als geduldiger Auskunftsgewerker zur Verfügung. Wir verlieren einen hoch geschätzten Ratgeber in allen Tariffragen gut aufgestellten und hilfsbereiten Menschen. Heinrich war einen Gewerkschafter im besten Sinne und seine Kampfbereitschaft war uns in den Tarifverhandlungen stets ein gutes Vorbild. Wir werden Heinrich stets in guter Erinnerung behalten.

In Gedanken sind wir bei seinen Angehörigen,
wir trauern mit ihnen.

NACHRUF



Heinz Fischer

*11.01.1935 – † 21.03.2024

**Gemeinsam mit dem dbb Hessen trauern wir um Rechtsanwalt Heinz Fischer.
Am 21. März 2024 verstarb Herr Heinz Fischer im Alter von 89 Jahren in Frankfurt am Main.**

Heinz Fischer arbeitete seit dem 1. Juni 1969 über mehr als fünf Jahrzehnte sehr erfolgreich als Rechtsanwalt für den dbb Hessen. 30 Jahre verantwortete er den Rechtsschutz alleine. Nach Übertragung der Geschäfte auf Dr. Andrea Fischer nahm er die Aufgaben vertretungsweise wahr. Unzählige Kolleginnen und Kollegen profitierten von seiner hochkompetenten juristischen Beratung, unzählige Verfahren hat Heinz Fischer erfolgreich für sie geführt.

Wegweisende Verfahren wie beispielsweise Gerichtsentscheidungen zur Freistellung von Personalratsmitgliedern trugen seine Handschrift. Zuletzt war er 2019 erfolgreich in einem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht auf einen Vorlagebeschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs hin.

Er war das hoch geschätzte und honorige Aushängeschild für den Rechtsschutz des dbb Hessen. Auch für die Landesleitung und die weiteren Entscheidungsgremien des dbb Hessen waren sein juristischer, aber auch sein menschlicher Rat von unschätzbarem Wert.

Am 1. Juni 2019 wurde Heinz Fischer für seine überragenden Verdienste für den dbb Hessen im Rahmen einer eigenen Veranstaltung besonders geehrt. Neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt führte er auch Personalratsschulungen durch, nach dem Mauerfall auch in den neuen Bundesländern, wofür ihm der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen wurde. Auch in der städtischen Schulkommission in Frankfurt a. M. war er über viele Jahre tätig. Dafür wurde er mit den „Römerplaketten“ in Bronze, Silber und Gold ausgezeichnet.

Seine vornehme Zurückhaltung, seine Diskretion, seine Hilfsbereitschaft, sein feinsinniger Humor und seine Verschmitztheit zeichneten Heinz Fischer in besonderer Weise aus.

In Gedanken sind wir bei seinen Angehörigen,
wir trauern mit ihnen.